



Bern, 25.06.2025

Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung – Strategischer Rahmen, Schwerpunkte, Aktivitäten und Herausforderungen

**Bericht des Bundesrates
in Erfüllung des Postulats 21.3122 Friedl vom
10. März 2021**

Inhaltsverzeichnis

1. Auftrag.....	3
2. Ausgangslage	3
3. Strategischer Referenzrahmen	3
4. Schwerpunkte und Massnahmen im Bereich der IZA	4
4.1 Wirtschaftliche Stärkung der Frauen	5
4.2 Teilhabe an politischen Entscheidungen	7
4.3 Mitwirkung der Frauen in der Friedensförderung.....	9
4.4 Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt	11
4.5 Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte	12
5. Finanzielle Mittel.....	13
6. Zusammenfassung und Ausblick	15
7. Anhänge	16
7.1. Wortlaut Postulat Friedl	16
7.2. Links zu strategischen Referenzdokumenten	17
7.3. Abkürzungsverzeichnis.....	17

1. Auftrag

Gemäss Wortlaut des Postulats 21.3122 Friedl «Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie» wurde der Bundesrat beauftragt, «eine Strategie für die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und die Friedensförderung zu erstellen, welche die sozioökonomischen Grundbedingungen für die aktive Teilhabe von Frauen in diesen Themenfeldern garantiert». Wie in der parlamentarischen Debatte ausgeführt, sind die Geschlechtergleichstellung und die Chancengleichheit in der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung bereits heute eine Priorität. Als transversales Thema sind die konkreten Ziele zur Geschlechtergleichstellung bereits in verschiedenen Strategien und Dokumenten verankert; eine separate Strategie würde keinen substantiellen Zusatznutzen bringen. Daher gibt der vorliegende Bericht einen Überblick über den strategischen Referenzrahmen, die aktuellen Schwerpunkte und Massnahmen in diesem Bereich sowie konkrete Beispiele.

2. Ausgangslage

Die Ungleichheit der Geschlechter ist ein wesentliches Hindernis für nachhaltige Entwicklung, ökonomisches Wachstum und Armutsreduktion. Die gleichberechtigte Teilhabe sowie die faire Verteilung von Verantwortung, Aufgaben, Ressourcen und Entscheidungsmacht zwischen Männern und Frauen sind grundlegende Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030.

Die Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte sind seit vielen Jahren Prioritäten in der internationalen Zusammenarbeit (IZA). Sie sind ein zentraler Baustein für die Verwirklichung des Rechts auf Leben, Freiheit und Sicherheit. Die mit der Umsetzung der IZA betrauten Einheiten DEZA, SECO und AFM setzen Projekte um, damit die Ursachen von Diskriminierung abgebaut werden, Frauen und Männer gleichberechtigt ihr Potenzial entfalten und ihre Ressourcen sinnvoll einsetzen können. Sie fördern Chancengleichheit, Freiheits- und Eigentumsrechte, und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, öffentlichen Diensten und Entscheidungsprozessen. Sie konzentrieren sich insbesondere auf die wirtschaftliche Stärkung und die politische Teilhabe der Frauen, inklusive deren Mitwirkung in der Friedensförderung, die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte. Mit fehlender Geschlechtergleichstellung liegt grosses ökonomisches Potential brach. So gehen Schätzungen davon aus, dass das globale Bruttoinlandprodukt (BIP) mit Investitionen in die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter jährlich um mehr als ein Viertel gesteigert werden könnte. In Ländern mit grosser Geschlechterungleichheit könnte ein Ausgleich der Erwerbsbeteiligung zwischen den Geschlechtern die Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 35 Prozent steigern.¹ Daher ist die Geschlechtergleichstellung auch fundamental wichtig für die Armutsbekämpfung. Der Bund setzt sich in allen seinen IZA-Aktivitäten und bei seinen Umsetzungspartnern für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen ein. Dieser Ansatz zieht sich durch alle entwicklungsrelevanten Projekte.

3. Strategischer Referenzrahmen

Der Bund verfügt über einen breit abgestützten strategischen Rahmen zur Förderung der Teilhabe von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung.

- Gemäss Art. 54 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV) setzt sich der Bund für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt ein; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Frauen stellen weltweit eine knappe Mehrheit der Bevölkerung dar und sind überproportional von Armut und Menschenrechtsverletzungen betroffen. Daher gehören sie zu den prioritären Zielgruppen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Die Aussenpolitische Strategie 2024–2027 (APS 2024-2027) des Bundesrates nennt Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Schwerpunkte bei der Förderung der Menschenrechte.

¹ www.imf.org Blog (2022): How to Close Gender Gaps and Grow the Global Economy.

- Die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 (IZA-Strategie 2025-2028) definiert Frieden und Menschenrechte fördern, sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken als eines der vier Hauptziele.² Für die humanitäre Hilfe stellt der Schutz vor Gewalt der verletzlichsten Bevölkerungsteile und die Bekämpfung von sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt einen von vier Fokusbereichen dar. Als transversales Thema der Strategie wird die Geschlechtergleichstellung systematisch gefördert.
- Die Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes³ enthält vier IZA-relevante Massnahmen in den vier Handlungsfeldern: Berufliches und öffentliches Leben, Vereinbarkeit und Familie, Geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Sie entsprechen den Prioritäten in den anderen Strategiepapieren.
- Der in diesem Zusammenhang wichtigste internationale Referenzrahmen ist die Agenda 2030 mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, insbesondere Ziel 5 für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau.⁴ In der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 bildet die Chancengleichheit, inklusive der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau, eines von drei Schwerpunktthemen.
- Die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu ‘Frauen, Frieden, Sicherheit’ aus dem Jahr 2000 (UNSR 1325),⁵ sowie die Folgeresolutionen, sind wegweisend für die Arbeit in der Friedensförderung. Das EDA hat hierzu vier nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 erarbeitet.⁶ Ein fünfter nationaler Aktionsplan ist im Moment in Erarbeitung.
- Die Schweiz hat das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau - CEDAW (SR 0.108)⁷ 1997 ratifiziert. In diesem Übereinkommen wird insbesondere auch die Wichtigkeit der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik hervorgestrichen. Damit verbunden ist die Verpflichtung, regelmäßig den Stand der Umsetzung darzulegen. Der CEDAW-Ausschuss der UNO würdigt das Erreichte und formuliert Empfehlungen für das weitere Vorgehen, so zuletzt im Oktober 2022.⁸

4. Schwerpunkte und Massnahmen im Bereich der IZA

Die Schwerpunkte und Massnahmen in der IZA richten sich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung in den Partnerländern, nach den langfristigen Interessen der Schweiz sowie nach dem Mehrwert, den die Schweizer Massnahmen im Vergleich mit anderen Ländern leisten können. Im Rahmen der IZA-Strategie 2025–2028 werden konkrete Schritte unterstützt, um Frauen wirtschaftlich zu stärken (vgl. 4.1), ihre politische Teilhabe (vgl. 4.2) und ihre Rolle in der Friedensförderung (vgl. 4.3) zu fördern, geschlechtspezifische Gewalt (vgl. 4.4) zu bekämpfen und ihre sexuellen und reproduktiven Rechte (vgl. 4.5) zu sichern.

Für mehr Wirkung verknüpft die Schweiz aussenpolitische Instrumente: DEZA, SECO und AFM kombinieren Projekte vor Ort mit politischem Dialog, multilateraler Zusammenarbeit und privaten Partnern. Auch in UNO und regionalen Organisationen wie OSZE und Europarat bringt sich die Schweiz ein. Im UNO-Sicherheitsrat (2023/24) setzte sie sich besonders für die konsequente Umsetzung der Agenda, ‘Frauen, Frieden, Sicherheit’ ein – etwa als Ko-Vorsitz der entsprechenden Expertengruppe’.

Beispiel multilaterale Organisationen

Die Schweiz hat massgebend zur Etablierung eines Instrumentes⁹ beigetragen, das die Geschlechtergleichstellung in allen UNO-Organisationen und Aktivitäten fördert. Dieses wird heute von 96% der

² Bereits die vorangehende Strategie 2021- 2024 hatte ein eigenes Ziel für die Stärkung der Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte.

³ www.gleichstellung2030.ch

⁴ <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>

⁵ <https://www.securitycouncilreport.org/atfcf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96F9%7D/WPS%20SRES1325%20.pdf>

⁶ Frauen, Frieden und Sicherheit. Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 (2018– 2024).

⁷ CEDAW: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/cedaw.pdf>.

⁸ <https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/themen/recht/internationales-recht/uno/cedaw.html>

⁹ <https://gendercoordinationandmainstreaming.unwomen.org/un-swap>

UNO-Organisationen zur jährlichen Berichterstattung entsprechender Fortschritte genutzt. Mit ihren Beiträgen setzt sich die Schweiz auch dafür ein, dass verschiedene UNO-Fonds finanzielle Quoten für geschlechterspezifische Projekte festlegen.¹⁰

Beispiel Multilateraler Politikdialog

Die Kommission für die Rechtsstellung der Frau der Vereinten Nationen (CSW) ist das einzige zwischenstaatliche Gremium, das sich ausschliesslich mit dem Thema der Förderung der Geschlechtergleichstellung, Frauenrechten und der Stärkung der Frauen befasst. Jährlich debattieren UNO Mitgliedstaaten Themen der Gleichstellungsagenda und verhandeln gemeinsame Schlussfolgerungen ('Agreed Conclusions').¹¹ Die Schweiz bringt ihre Erfahrungen ein – und beeinflusst durch ihre aktive Teilnahme an den Verhandlungen die Festlegung von internationalen Standards. So hat die Schweiz beispielsweise erreicht, dass ein neuer Hinweis auf die Bedeutung der vollen, gleichberechtigten und effektiven Beteiligung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen in die 'Agreed Conclusions' aufgenommen wurde und hat sich für die finanzielle Eingliederung von Frauen sowie für den Schutz von Journalistinnen eingesetzt.¹² Auch im Rahmen weiterer UNO-Gremien wie dem Menschenrechtsrat setzt sich die Schweiz aktiv für die Thematik ein. Mit einer Resolution zur Bekämpfung von Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten, die die Schweiz gemeinsam mit einer Gruppe von Partnerländern verfasst und eingebracht hat, konnte erstmals festgehalten werden, dass Zwangsheirat eine Form geschlechterspezifischer Gewalt ist.

4.1 Wirtschaftliche Stärkung der Frauen

4.1.1 Ausgangslage

In vielen Regionen der Welt machen Frauen die grosse Mehrheit der Beschäftigten in der Landwirtschaft aus. Die landwirtschaftliche Fläche ist jedoch mit nur 15 Prozent im Besitz der Frauen ungleich verteilt.¹³ Frauen sind überproportional von Armut und mangelnder Ernährungssicherheit betroffen.¹⁴ Im Jahr 2021 waren weltweit 31,9 Prozent der Frauen von Ernährungsunsicherheit betroffen, verglichen mit 27,6 Prozent der Männer – ein Unterschied von mehr als 4 Prozentpunkten, verglichen mit 1,7 Prozentpunkten im Jahr 2019¹⁵. Die Erwerbsquote von Frauen im erwerbsfähigen Alter stagniert seit 1990 bei zirka 53 Prozent im Vergleich zu 80 Prozent für Männer. Frauen gehen seltener einer bezahlten und formellen Beschäftigung nach und haben weniger Möglichkeiten, ihr Geschäft auszubauen oder ihre Karriere voranzutreiben.¹⁶ Ein Grund ist die hohe Auslastung durch unbezahlte Haus- und Pflegearbeit, die zu 76 Prozent von Frauen geleistet wird.¹⁷

Expertinnen und Experten gingen 2015 davon aus, dass mit der wirtschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter das globale Bruttoinlandprodukt (BIP) bis 2025 um bis zu 28 Billionen Dollar oder jährlich 26 Prozent erhöht werden könnte.¹⁸ Aktualisierte Schätzungen verweisen auf ein mögliches Wachstum des BIP bis 2030 um zusätzlich 13 Billionen Dollar.¹⁹ In Ländern mit grosser Geschlechterungleichheit könnte ein Ausgleich der Erwerbsbeteiligung zwischen den Geschlechtern die Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 35 Prozent steigern.²⁰ Hätten Frauen weltweit den gleichen Zugang zu produktiven Ressourcen (unter anderem Land, Kapital, Saatgut), könnte gemäss FAO die Zahl der unterernährten Menschen um 12 bis 17 Prozent verringert werden.²¹

¹⁰ Beispielsweise der UN COVID-19 Response and Recovery Fund, mit einer 30% Quote oder der UN Peace Building Fund, mit einer 25%-Quote für gezielte Projekte zugunsten der Geschlechtergleichstellung und Jugend.

¹¹ Debatten orientieren sich u.a. an der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform, die aus der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) resultierten, die umfassendste Formulierung internationaler Verpflichtungen für die Menschenrechte von Frauen: <https://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform>

¹² https://www.unwomen.org/sites/default/files/2023-03/CSW67_Agreed%20Conclusions_Advance%20Unedited%20Version_20%20March%202023.pdf

¹³ OECD (2022): Gender and Food Systems: Food, Agriculture and Fisheries Paper No 184. FAO (2018): The gender gap in land rights and (2023): The status of women in agri-food systems.

¹⁴ UN Women (2022): Progress on the sustainable development goals. Gender snapshot report. Siehe auch: [World Bank Blogs](https://www.worldbank.org/en/blogs) (2018).

¹⁵ <https://www.fao.org/3/cc0639en/online/sofi-2022/food-security-nutrition-indicators.html>

¹⁶ Weltbank (2022): [Weltbank Gender Data Portal](https://wblinks.worldbank.org/gender-data-portal) und [Gender Data Story](https://wblinks.worldbank.org/gender-data-story).

¹⁷ OECD (2019): Enabling Women's Economic Empowerment. New Approaches to unpaid care work in developing countries.

¹⁸ Mc Kinsey Global Institute (2015): The power of parity.

¹⁹ Mc Kinsey Global Institute (2020): COVID-19 and gender equality: Countering the regressive effects.

²⁰ www.imf.org Blog (2022): How to Close Gender Gaps and Grow the Global Economy.

²¹ FAO (2011): The State of Food and Agriculture: Women in Agriculture: Closing the Gender Gap for Development.

4.1.2 Ansatz von DEZA, SECO und AFM

Der Bund setzt sich im Rahmen seiner IZA-Massnahmen für die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit der Frauen unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen ein. Dies ermöglicht den Frauen und ihren Familien nicht nur mehr Einkommen und bessere Lebensbedingungen, sondern erhöht auch die Widerstandskraft gegen Krisen. Sie gewinnen an sozialer Anerkennung und verfügen über die nötigen Mittel, sich auch gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Konkret identifizieren zahlreiche Berufsbildungsprojekte spezifische Berufssegmente, die für Frauen besonders gute Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, und organisieren entsprechende Ausbildungsangebote. Diese Projekte ergreifen auch Massnahmen, um die berufliche Qualifikation von Frauen für besser bezahlte und zukunftsorientierte Berufe zu verbessern und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ausbildungsinstitutionen und Unternehmungen werden angeregt und unterstützt, Frauen gezielt zu fördern und das Arbeitsumfeld für diese zu verbessern. Weitere Projekte fördern das Unternehmertum von Frauen mittels gezielter Managementausbildung und erleichtertem Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und Dienstleistungen.

Beispiel: Bessere Marktchancen für Frauen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen in Bangladesch

In den erosionsgefährdeten Flussgebieten im Norden des Landes werden von Armut betroffene Frauen gezielt in wirtschaftliche Wertschöpfungsketten eingebunden, zum Beispiel die Aufzucht von Ziegen und Hühnern, die Stiermast, Beratungsdienste in der Viehzucht, Hühnerimpfstellen oder Verkauf von Saatgut. Die Frauen erlangen Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen, erweitern ihr Knowhow und gewinnen an Unabhängigkeit. Dadurch verbessern sie ihre Einkommensmöglichkeiten, haben sich größere Mobilität verschafft und können vermehrt in Familien- und Wirtschaftsangelegenheiten mitbestimmen (Projekt 'Making Markets Work for the Jamuna, Padma, and Teesta Chars'; Beitrag DEZA, 5.5 Millionen Franken von Juli 2020 bis Juni 2024).

Beispiel: Finanzielle Eingliederung von Unternehmerinnen in der MENA-Region

Kleinere Unternehmen sind ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaften im gesamten Nahen Osten und in Nordafrika. Unternehmerinnen haben jedoch einen erschwerten Zugang zum Finanzsektor und zu Krediten. Das Programm 'Women Banking Champions' zielt darauf ab, den Zugang von Frauen zu Finanz- und Bankprodukten zu verbessern und Frauen wirtschaftlich zu stärken. Das Programm beriet insbesondere Banken, wie sie ihre Finanzdienstleistungen besser auf die Bedürfnisse von Frauen abstimmen können. Das langfristige Ziel war es, Frauen stärker in die Wirtschaft einzubinden, Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut in der gesamten Region zu bekämpfen (Programm SECO in Partnerschaft mit der 'International Finance Corporation'; Beitrag 5 Millionen Franken von 2017 bis 2024).

Beispiel: Landrechte für Frauen

Die DEZA verfolgt seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit der 'International Land Coalition', die sich weltweit für Landrechte, explizit auch von Frauen, einsetzt. Eigentumsrechte wie Landrechte bilden eine wichtige Produktionsgrundlage, Sicherheitsgarantie und Voraussetzung für den Zugang zu Krediten. (Beitrag der DEZA an die Koalition, mit 15.6 Millionen Franken von November 2009-Dezember 2024). In Mali unterstützte die DEZA über mehrere Jahre Frauenkooperativen, unter anderem auch im Erlangen von Landeigentum. Die Kleinbäuerinnen vermochten ein besseres Einkommen zu erwirtschaften und ihre Verhandlungsmacht und gesellschaftliche Stellung zu stärken ('Programme de développement économique local et de sécurité alimentaire à Koutiala'; Beitrag DEZA, 2.8 Millionen Franken von Januar 2016 bis Dezember 2022).

Der Bund verfolgt zudem ein makroökonomisches Umfeld zugunsten gleicher wirtschaftlicher und sozialer Rechte für Frauen. Im Rahmen makroökonomischer Unterstützungsprogramme geht sie auch mittels Politikdialog mit den Partnerländern systematisch Gleichstellungsfragen an.

Beispiel: Stärkung von Frauen in Finanzmarktaufsichtsbehörden und Zentralbanken

Das SECO setzt sich für eine Stärkung der Rolle von Frauen in der Führung von Finanzmarktaufsichtsbehörden und Zentralbanken ein. Das Programm unterstützt weltweit Frauen in unteren Kaderstellen dieser Organisationen dabei, in Zusammenarbeit mit einer Person aus dem oberen Management eine Reform mit Fokus auf die Gleichstellung in ihrer Organisation umzusetzen und fördert damit auch ihre berufliche Weiterentwicklung ('Leadership & Diversity Programme for Regulators' des Women's World Banking Programmes; Beitrag SECO, 2,6 Millionen Franken von 2022 bis 2025.)

Im Bereich digitaler Technologien werden die Weiterbildung junger Frauen und deren Beschäftigungsmöglichkeiten im IT-Sektor, sowie digitale Kompetenzen von Unternehmerinnen, unter anderem für die Vermarktung und den Verkauf ihrer Produkte gefördert. Durch die Mitgestaltung elektronischer Handelsbedingungen soll ihre Einbindung in regionale und globale Wertschöpfungsketten verbessert werden. Die Förderung digitaler Finanzprodukte soll den Zugang zu Finanzdienstleistungen erleichtern.

Beispiel: Erleichterter Marktzugang für Frauen durch elektronischen Handel (E-Commerce)

Das SECO unterstützt ein Programm, das die Gleichstellung der Geschlechter bei der Entwicklung nationaler E-Commerce-Strategien systematisch miteinbezieht und den Dialog über die Gleichstellung im Bereich des elektronischen Handels gezielt fördert. Konkret wurde als Teil des Programms eine Initiative ('elektronischer Handel für Frauen / e-trade for Women') lanciert, die das digitale Unternehmertum von Frauen fördert, indem Unternehmerinnen im digitalen Sektor geschult und befähigt werden, ihre wirtschaftliche Freiheit besser zu nutzen. Bis Ende 2024 erreichte das Netzwerk fast 350 von Frauen geführte digitale Unternehmen in mehr als 65 Ländern (Programm 'E-Commerce and the Digital Economy', Umsetzung durch UNCTAD; Beitrag SECO, 4 Millionen Franken von 2021 bis 2024.)

Beispiel: Digitale Finanzdienstleistungen für Migrantinnen

Ein Fonds für die Entwicklung kostengünstiger Finanzprodukte für Migrantinnen mindert das Risiko von Finanzdienstleistern, die in Afrika, in Asien und im Mittleren Osten mit modernen digitalen Technologien arbeiten (FinTech-Sektor) beim Testen neuer digitaler Angebote. Der Fonds wird zusammen mit Investorinnen und Investoren des Privatsektors getragen, die neben einer finanziellen Rendite auch eine positive soziale Wirkung erzielen möchten: Beiträge werden auf der Basis erzielter positiver Resultate ausbezahlt, indem sie beispielsweise besseren Zugang zu Bankkonten, Krediten, Spar- und Versicherungsprodukten erhalten und damit wirtschaftliche Freiheiten besser nutzen und ihre Lebensbedingungen vor Ort im Aufnahmeland in der Region verbessern können. Gleichzeitig können Finanzdienstleister ihr Kundensegment erweitern, und wenn sich das Geschäftsmodell bewährt, entsteht damit ein Markt für die Interessen dieser bislang benachteiligten Frauen (Projekt 'Strengthening the financial inclusion of migrant women through the Gender-Inclusive Fintech Fund'; Beitrag DEZA, 9,75 Millionen Franken von April 2022 bis April 2028).

Auch die Thematik der Haushalts- und Pflegearbeit wird durch verschiedene Teilaktivitäten innerhalb von DEZA-Projekten aufgenommen. Zum Beispiel wird durch die Einführung moderner klimafreundlicher Kochgeräte in einkommensschwachen Haushalten in Afrika, Asien und Lateinamerika die Arbeitsbelastung von Frauen und Mädchen substantiell reduziert. In Kirgistan wurden staatliche Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder in Gemeinden unterstützt. In Moldawien haben zivilgesellschaftliche Initiativen Verbesserungen der gesetzlichen Regelungen für die Kinderbetreuungszeit und für die Finanzierung der Vorschulkinderbetreuung erreicht. In Migrationsprojekten in den Partnerländern setzt sich die DEZA für bessere Arbeitsbedingungen von Migrantinnen im Haushalts- und Pflegebereich ein. In Katar hat sie zu neuen Gesetzen beigetragen, die nun das Recht auf freien Arbeitgeberwechsel in diesem Bereich ermöglichen. Massnahmen im Bereich der Haushalts- und Pflegearbeit sollen auch weiterhin in den Projekten der DEZA berücksichtigt werden.

4.2 Teilhabe an politischen Entscheidungen

4.2.1 Ausgangslage

Frauen sind in öffentlichen Gremien nach wie vor untervertreten: Weltweit sind nur 26 Prozent der Parlamentsmitglieder, 14 Prozent aller Regierungs- und Staatsoberhäupter und rund 34 Prozent der Lokalregierungen Frauen.²² In der Öffentlichkeit aktive Frauen und Mädchen sind vermehrt sexualisierter und anderer Formen der Gewalt ausgesetzt.²³

Repräsentation ist das Kernelement eines demokratischen Staatswesens. Frauen machen mindestens die Hälfte der Bevölkerung aus. Daher ist ihr Einbezug wichtig, wenn es darum geht, über die Verwendung von Budgetmitteln, die Verteilung von Ressourcen oder Gesetzesvorhaben zu entscheiden. Studien zeigen, dass Politikerinnen beispielsweise bei Aspekten der öffentlichen Grundversorgung andere Prioritäten setzen als Männer.²⁴

4.2.2 Ansatz von DEZA, SECO und AFM

Frauen werden dabei unterstützt, den öffentlichen und politischen Diskurs sowie die Verteilung öffentlicher Mittel in allen Bereichen mitzubestimmen. Seit vielen Jahren wird die Repräsentation, Mitbestimmung und Führungsrolle von Frauen, insbesondere in politischen Institutionen, in öffentlichen Entwicklungsvorhaben, in der Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen und Ressourcen, bei Wahlen, in Medien und in zivilgesellschaftlichen Initiativen gefördert. Dies ist Ausdruck und Beitrag an eine lebendige Demokratie. In erster Linie beinhalten entsprechende Projekte politische Schulung und Beratung, Aufbau von Führungskompetenzen, Organisation und Vernetzung sowie die Beteiligung am Politikdialog. Die Schweiz unterstützt politische und gesetzliche Reformen zur Eliminierung der Geschlechterdiskriminierung, sowie Massnahmen für die Bereitstellung öffentlicher Finanzen für die Gleichstellung der Geschlechter ('Gender Responsive Budgeting'). Sie berät Regierungen in der Umsetzung entsprechender Vorgaben.

Beispiel: Mitwirkung in der Verwaltung gefährdeter Wasserressourcen in der Mekong Region

Flussanwohner und Anwohnerinnen ethnischer Minderheiten werden unterstützt, sich für die nachhaltige Bewirtschaftung und den Erhalt ihrer Wasserressourcen einzusetzen. Frauen sind hauptsächliche Nutzerinnen von Wasser im Haushalt und als Kleinbäuerinnen. Sie sind daher überproportional stark von Wasserknappheit und Wasserverschmutzung als Folge des Klimawandels und den negativen Begleiterscheinungen intensivierter Landwirtschaft und Staudammprojekte betroffen. Sie werden daher gezielt bestärkt, ihre Erfahrungen in der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung in den Gemeinden einzubringen, an Entscheidungsprozessen zur Wasserbewirtschaftung mitzuwirken oder Führungsverantwortung wahrzunehmen. Sie werden unterstützt, ihr Knowhow zu erweitern und sich an Debatten über die nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen in ihren Gemeinden und in der Mekong Region zu beteiligen. So können sie die Widerstandsfähigkeit im Umgang mit Klimawandel erhöhen und zur Sicherung wichtiger Lebensgrundlagen in ihren Familien und Gemeinden beitragen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem Privatsektor und der Regierung gesucht, um stereotypen Vorurteile und Verhaltensmuster aufzubrechen (Projekt 'Inclusive Water Governance Project in the Mekong Region'; Beitrag DEZA, 3'378'000 Franken von Oktober 2020 bis Juni 2024).

Beispiel: Zugang zu Identitätspapieren in Mali

Für die Wahrnehmung von Rechten (Bildung, Gesundheit, Eigentum etc.) und die Teilnahme an der Demokratie, ist eine behördliche Registrierung und der Zugang zu Identitätspapieren fundamental. Die Ausstellung von Geburtsurkunden, Identitätspapieren oder Pässen sowie die Registrierung in einem Zivilstandsregister ist eine wichtige Staatsaufgabe. Gerade in Ländern, die von Konflikten geprägt sind und eine hohe Anzahl an intern vertriebenen Menschen aufweisen, ist dies besonders wichtig, damit für die notleidende Bevölkerung der Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen und humanitärer Nothilfe gewährt ist. Dies gilt insbesondere für die Stärkung entsprechender Rechte für Frauen und Mädchen. Die DEZA unterstützt dazu beispielsweise Projekte in Mali, wo zwischen 2020 und 2022 über 4 Millionen

²² UN Women (2022): Progress on the sustainable development goals. Gender snapshot report.

²³ UN Women (2022): Intensification of efforts to eliminate all forms of violence against women and girls.

²⁴ ONU Women (2025) : Facts and figures: Women's leadership and political participation.

Menschen – wovon über 1,7 Millionen Frauen und über 1,5 Millionen Kinder – Zugang zu Identitätspapiere erhielten (vier Projekte in Mali; Beitrag DEZA, 3'800'000 Franken von Mai 2019 bis Dezember 2023).

Beispiel: Förderung der politischen Teilhabe von Frauen in Georgien

Die AFM fördert die politische Teilhabe von Frauen in Georgien. Die Teilnehmerinnen stärken ihre Kommunikations- und Dialogfertigkeiten und lernen, wie effiziente Politikmassnahmen, welche die Bedürfnisse ihrer Wählerschaft widerspiegeln, formuliert werden können. Dies kann dazu beitragen Spannungen abzubauen (Projekt 'Enhancing Political Culture in Georgia Through Inclusive Party Politics'; Beitrag AFM, 190'000 Franken von Februar 2023 bis Februar 2025).

Die Schweiz unterstützt auch gesetzliche Reformen, nationale Strategien und Finanzplanungen für die Geschlechtergleichstellung, inklusive deren Umsetzung.

Beispiele: Gleichstellungsorientierte Reformen öffentlicher Finanzverwaltungen

Als Partner der 'Public Expenditure and Financial Accountability' (PEFA) Initiative war das SECO an der Entwicklung des PEFA Gender Assessment beteiligt, welches 2020 eingeführt wurde. Dieses Assessment bewertet, inwiefern Prozesse der Verwaltung öffentlicher Finanzen, wie etwa die Budgetierung, Beschaffungsprozesse oder die Finanzberichterstattung, die Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigen und dient als Grundlage für Reformen (Initiative 'Public Expenditure and Financial Accountability' (PEFA); Beitrag SECO, 3 Millionen Franken von 2023 bis 2027).

In Nordmazedonien unterstützt die DEZA die Formulierung und Umsetzung entsprechender Gesetzesreformen. Sie hat dazu beigetragen, dass neue Vorgaben zur Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in der Budgetplanung im neuen Finanzhaushaltsgesetz (2022) aufgenommen wurden. Diese müssen von allen Behörden auf nationaler sowie dezentraler Ebene umgesetzt werden. Dazu wurde ein Kompetenzzentrum für geschlechter-spezifische Finanzplanung eingerichtet und Gemeindebehörden werden mit Schulungen und Coaching unterstützt, entsprechende Strategien und Budgets zu entwickeln. Mithilfe lokal verankerter Frauenorganisationen werden Frauen, insbesondere auch aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen, bestärkt, ihre Anliegen wirkungsvoll einzubringen (Projekt 'Promoting Gender Responsive Policies and Budgets'; Beitrag DEZA, 3,5 Millionen Franken von Oktober 2018 bis März 2026).

4.3 Mitwirkung der Frauen in der Friedensförderung

4.3.1 Ausgangslage

Frauen sind von den Auswirkungen bewaffneter Konflikte besonders stark betroffen, dies anerkennt auch die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325.²⁵ Deshalb müssen sie geschützt und aktiv an der Konfliktprävention, der Friedensbildung und dem Wiederaufbau beteiligt werden. Dennoch sind heute nur 13 Prozent der Verhandlungsteilnehmenden und 3 Prozent der Mediatorinnen und Mediatoren in Friedensprozessen Frauen. Die Mehrheit der Friedensabkommen machen keinen Hinweis auf die Konfliktfahrung von Frauen und ihre Beiträge in Post-Konfliktsituationen, und sie beinhalten nur wenig konkrete Bestimmungen, die auf die Anliegen der Frauen eingehen. Wenn aber Frauenorganisationen oder Friedensaktivistinnen effektiv an Friedensverhandlungen beteiligt sind, steigt gemäss OECD die Wahrscheinlichkeit, dass eine Einigung erzielt und umgesetzt wird.²⁶

4.3.2 Ansatz von DEZA, SECO und AFM

Die Einbindung von Frauen in Dialogprozesse für die Konfliktprävention, die Konfliktbeilegung und den Wiederaufbau zerstörter Strukturen wird gefördert. Der Bund unterstützt Initiativen von Friedensaktivistinnen und Frauenorganisationen.

²⁵ UN Security Council Resolution 1325. <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N00/720/18/PDF/N0072018.pdf?OpenElement>

²⁶ OECD (2020, p. 88): States of Fragility. Council on Foreign Affairs: Women's participation in peace processes.

Beispiel: Dialog und Vernetzung von Politikerinnen und Friedensaktivistinnen im Libanon

Um die Teilhabe von Frauen in politischen Prozessen zu fördern und zu stärken, unterstützt die AFM einen Dialogprozess zwischen Politikerinnen verschiedener Parteien im Libanon. Die regelmässigen Treffen haben zu einem hohen Mass an Vertrauensbildung und verbesserte Beziehungen geführt, ein Erfolg, angesichts der starken politischen Spaltung. Darüber hinaus haben die Frauen gemeinsame Initiativen entwickelt, z.B. Demarchen für Wahlquoten (Projekt 'Building pathways for dialogue and inclusive governance in Lebanon'; Beitrag AFM, 447'270 Franken von August 2020 bis März 2024). Zudem wurde gemeinsam mit UN Women die Etablierung des Nationalen Netzwerkes von Friedensförderinnen (« Women Peacebuilding Network in Lebanon (WPNL) ») unterstützt. Dessen Ziel ist die öffentliche Anerkennung der Kompetenz und Führungsrolle von Frauen in Friedens- und Sicherheitsfragen. Auch werden landesweit lokale Mediationsnetzwerke und Friedensaktivistinnen gefördert. (Projekt 'Supporting the development of a national women's peacebuilders network in Lebanon'; Beitrag AFM, 303'036 Franken von September 2020 bis März 2023).

Beispiel: Unterstützung lokaler Fraueninitiativen und Frauenorganisationen in der Ukraine

In der Ukraine unterstützt die DEZA lokale Frauenorganisationen mit direkter Finanzhilfe für ihre Aktionen zum Schutz besonders vulnerabler Frauen und Mädchen. Gleichzeitig werden sie auch in ihrer Organisation gestärkt, damit sie besser an die Finanzressourcen humanitärer Geldgeber gelangen können, und diese auch vermehrt lokale Fraueninitiativen finanzieren können (humanitäre Aktion; Beitrag DEZA, 966'300 Franken von September 2022 bis Mai 2023). Die Schweiz ist zudem Initiatorin der 'Erklärung von Lugano zum Wiederaufbau in der Ukraine' (2022),²⁷ worin die Gleichstellung der Geschlechter als eines der Leitprinzipien festgehalten ist.

Beispiele von Beiträgen an Netzwerke von Friedensaktivistinnen

Gemeinsam unterstützen die DEZA und die AFM verschiedene Frauennetzwerke und -initiativen, was deren Hebelwirkung stärkt und den Zugang zu Plattformen des multilateralen Politikdialogs ermöglicht. Die DEZA leistet einen Kernbeitrag an das 'Global Network of Women Peace Builders' (1.2 Millionen Franken für Januar 2022 bis Dezember 2024), die AFM leistet Beiträge an 'Peace Women across the Globe' (360'000 Franken für Januar 2021 bis Dezember 2023), 'Women's International League for Peace and Freedom' (389'215 Franken von April 2023 bis März 2024), und die 'NGO Working Group on Women, Peace and Security' (190'000 Franken von Januar 2023 bis Dezember 2024).

Beispiel: Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes zur Sicherheitsratsresolution 1325 in West- und Zentralafrika

In Tschad hat die AFM zur Entwicklung eines Nationalen Aktionsplanes (NAP) 1325 (2023-2027) beigetragen, welcher im Januar 2023 lanciert wurde. Sie hat die Ausarbeitung eines Entwurfs sowie verschiedene inklusive Konsultationsrunden unterstützt. Bis Mitte 2023 hat sie die Bekanntmachung des NAP in verschiedenen Regionen, die Planung der benötigten Finanzmittel und eine weitere nationale Konsultation zu Monitoring und Evaluation unterstützt (Beitrag AFM; 483'715 Franken von Mai 2019 bis Juni 2023).

In Mali arbeitet die DEZA für die Umsetzung des NAP 1325. Sie fördert die Beteiligung von Frauen an Vermittlungsbemühungen und Konfliktlösungen und unterstützt Massnahmen zu ihrem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, insbesondere vor sexuellem Missbrauch und anderen Formen geschlechtspezifischer Gewalt (Projekt 'Participation des femmes dans le processus de paix, de sécurité et de relèvement au Mali'; Beitrag DEZA, 6 Millionen Franken von April 2020 bis März 2024).

²⁷ <https://www.urc-international.com/conference-materials>

Der Bund fördert auch die Ausbildung von Mediatorinnen. Die AFM setzt sich dafür ein, dass der Lehrgang der ETH Zürich zur Mediation in Friedensprozessen auch die notwendigen Grundlagen und Methoden für die Ausbildung von Mediatorinnen vermittelt. Sie trägt damit dazu bei, die weltweit geringe Anzahl Mediatorinnen zu erhöhen, und das Verständnis für die Notwendigkeit des Einbeugs von Frauen in Mediations- und Verhandlungsprozesse zu schaffen.

Auf internationaler Ebene beteiligt sich die Schweiz an verschiedenen Initiativen zur Stärkung der Rolle von Frauen und zur besseren Finanzierung ihrer Aktivitäten in der Friedensförderung und der humanitären Arbeit, z.B. im Rahmen des UNO-Sicherheitsrates, im 'Compact on Women, Peace, Security and Humanitarian Action',²⁸ oder als Mitglied des 'Women, Peace and Security Focal Points Network'. Letzteres umfasst derzeit 87 Länder und 8 internationale und regionale Organisationen.

4.4 Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

4.4.1 Ausgangslage

Geschlechtsspezifische Gewalt wird überwiegend gegen Frauen und Mädchen ausgeübt und ist weit verbreitet. Weltweit hat jede dritte Frau einmal in ihrem Leben physische respektive sexuelle Gewalt erlebt.²⁹ Alle elf Minuten wird weltweit eine Frau oder ein Mädchen von Familienangehörigen getötet.³⁰ In humanitären Kontexten sind über 70 Prozent der Frauen und Mädchen davon betroffen.³¹ Dies ist nicht nur verheerend für die Betroffenen und die familiären bzw. Gemeinschaftsbeziehungen, sondern verursacht auch erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgekosten (z.B. Gesundheits- und psychosoziale Betreuungskosten, Arbeits- und Produktionsausfälle, negative Auswirkungen auf die Bildung etc.). Laut Schätzungen betragen diese in einigen Ländern bis zu 3,7 Prozent des BIP - mehr als das Doppelte dessen, was viele Regierungen für Bildung ausgeben.³²

4.4.2 Ansatz von DEZA, SECO und AFM

Die Beseitigung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein zentrales Anliegen der Schweiz. Entsprechende Massnahmen beinhalten die Prävention, Unterstützung für Betroffene, Gesetzesreformen und behördliche Massnahmen, aber auch die Diskussion der zugrundeliegenden Ursachen und daraus resultierender Traumata. Unterstützungsleistungen sind umfassend konzipiert und beinhalteten medizinische Hilfe, psychosoziale Beratung, Finanzhilfe und Rechtsbeistand. Im Zentrum stehen die Bedürfnisse der Betroffenen und ihre Strategien, das Erlebte zu verarbeiten und die Kontrolle über ihr Leben in der Gemeinschaft zurückzugewinnen. Zentral ist auch, dass die Betroffenen Gerechtigkeit und Kompensation einfordern können.

Die Schweiz unterstützt globale Initiativen, zum Beispiel als Mitglied der globalen Aktionsplattform für die Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt in Krisensituationen. Diese umfasst derzeit 100 Mitglieder - Regierungen und Geber, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Sie hat zum Ziel, in humanitären Kontexten die Finanzierung für Risikominderung geschlechtsspezifischer Gewalt und Hilfsdienste für Gewaltbetroffene voranzutreiben. Gleichzeitig will die Initiative die Rolle von Frauenorganisationen in der Planung und Durchführung von humanitären Aktionen stärken. Alle fünf Jahre wird ein Fahrplan zur Umsetzung der Ziele formuliert, wozu auch die Schweiz mit konkreten Massnahmen beiträgt.³³ Die DEZA hat insgesamt ihre finanziellen Verpflichtungen für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt von 2019 bis 2022 um 150% auf rund 30 Millionen Franken erhöht.

Beispiel: Traumata überwinden und Gewalt bekämpfen in der Region der Grossen Seen in Afrika

²⁸ <https://wpshacompact.org/signatory-members/>

²⁹ World Health Organisation (2018): Violence Against Women. Prevalence, Estimates.

³⁰ UN Women (2022): Progress on the sustainable development goals. Gender snapshot report.

³¹ OCHA (2022): Global Humanitarian Overview 2022.

³² Worldbank (2023): Policy Lessons on reducing Gender Based Violence. Gen/der Innovation Lab Federation Evidence Series, No1.

³³ SDC, Humanitarian Aid and Swiss Humanitarian Aid Unit (2020): Swiss Commitments to the Call to Action on Protection from Gender Based Violence in Emergencies 2021-2025.

Ursprünglich aus einer Krisenintervention der humanitären Hilfe der DEZA entstanden, unterstützt dieses Projekt seit vielen Jahren die medizinische Versorgung, therapeutische Betreuung und rechtliche Beratung für Frauen und Mädchen, die von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in dieser Region betroffen sind. Um zur Prävention und der Nachhaltigkeit beizutragen, arbeitet das Programm auch mit Männern. Mit der Aufarbeitung der Gewalterfahrungen von Frauen und Männern und der Wiederherstellung gemeinschaftlicher Unterstützung reduziert das Programm die geschlechtsspezifische Gewalt und trägt generell zur Überwindung von Konflikten in den Gemeinden bei ('Programme psychosocial dans la région des Grands Lacs'; DEZA, 34.5 Millionen Franken von April 2010 bis Dezember 2023).

Beispiel: Unterstützung der Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten

Das Mandat der Sonderbeauftragten basiert auf der UNO-Sicherheitsratsresolution 1888 (2009). Über UNO-Missionen in den Einsatzländern setzt sich die aktuelle Sonderbeauftragte für die Gewaltprävention, die Bekämpfung der Ursachen von sexueller Gewalt in Konflikten und die entsprechende Eigenverantwortung betroffener Staaten ein. Ein ganzheitlicher und bedürfnisorientierter Ansatz für gewaltbetroffene Personen steht dabei im Mittelpunkt (Beitrag 'Conflict-Related Sexual Violence Multi-Partner Trust Fund'; AFM, 350'000 Franken von Januar 2020 bis Dezember 2025).

Prävention sexueller Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung (PSEAH)

Sexuelle Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung stellen ernstzunehmende Risiken dar. Die Schweiz vertritt eine Haltung der Nulltoleranz, innerhalb der eigenen Strukturen und bei Partnerorganisationen. Dazu gibt es einen Verhaltenskodex für Mitarbeitende im Ausland und für Vertragspartner, aber auch konkrete Massnahmen wie Schulungen, Partnerrisikoanalysen, eine einheitliche und sichere EDA-Whistleblowing-Plattform (eingeführt 2021) und Handlungsanweisungen zum Umgang mit Fällen von Fehlverhalten.

4.5 Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte

4.5.1 Ausgangslage

Weltweit können nur 55 Prozent der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren selber über ihre Gesundheitsversorgung, Verhütung und eigenen Sexualpraktiken entscheiden.³⁴ Die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte ist eine wichtige Voraussetzung für die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen, und verbessert ihre Chancen, gleichberechtigt am öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Covid-19-Pandemie hat essenzielle Gesundheitsdienste geschwächt mit direkten Auswirkungen auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen. Weltweit ist ein drastischer Rückgang der Gesundheitsfürsorge für Mütter, einschliesslich der Schwangerenbetreuung zu verzeichnen. Ein Anstieg der Müttersterblichkeit lässt sich beobachten. Mädchen im Jugendalter werden wieder häufiger Mütter, was sich negativ auf ihre Bildungschancen auswirkt.³⁵

³⁴ UNFPA (2020): Women's Ability to decide. Issue Brief on Indicator 5.6.1 of the Sustainable Development Goals.

³⁵ UN Women (2022): Progress on the sustainable development goals. Gender snapshot report.

4.5.2 Ansatz von DEZA, SECO und AFM

Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Gesundheitsdienstleistungen in die Grundversorgung der Gesundheitsdienste eines Landes integriert werden. Die Gesundheitsversorgung von Müttern und schwangeren Frauen soll verbessert, eine umfassende Sexualerziehung und Familienplanung unterstützt, sowie Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten verhindert werden. Das soziale Umfeld der betreffenden Frauen und Mädchen wird dabei einbezogen.

Beispiel: Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Jugendlichen in der Region südliches Afrika

Seit vielen Jahren fördert die DEZA die Ausbildung jugendlicher Frauen und Männer zu Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Sie werden angeleitet, Selbstverantwortung zu übernehmen und zur Vermeidung von Infizierungen mit dem HIV-Virus, der Verhinderung ungewollter Schwangerschaften oder zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt aktiv beizutragen. Die Einrichtung jugendfreundlicher Gesundheitsdienstleistungen und die Entwicklung von Gesetzesreformen wird unterstützt. Sie arbeitet eng mit Ministerien, Organisationen der Zivilgesellschaft, traditionellen Führungsperipherien und der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Projekt 'Safeguard Young People – SRHR'; Beitrag DEZA, 32.8 Millionen Franken von August 2013 bis September 2026).

Beispiel: Zusammenarbeit mit der 'International Planned Parenthood Federation' (IPPF) und United Nations Population Fund (UNFPA)

Seit 1995 leistet die Schweiz einen Kernbeitrag an die IPPF, welche 120 Mitgliedsorganisationen in 146 Ländern hat und regional wie global gut vernetzt ist. Sie hat zum Ziel, ein breites Spektrum bedarfsgerechter Dienstleistungen – inklusive digitaler Lösungen – für die sexuelle und reproduktive Gesundheit anzubieten. Sie organisiert Debatten über den Wandel sozialer Normen, fördert die Arbeit mit Jugendlichen und setzt sich für Gesetzesreformen ein (Kernbeitrag an IPPF; DEZA, 49.2 Millionen Franken von Januar 1995 bis Dezember 2025).

Seit 1983 leistet die Schweiz einen Kernbeitrag an den UNO-Bevölkerungsfonds UNFPA, der sich in über 150 Ländern für eine Stärkung des Rechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, umfassende Familienplanung und Geschlechtergleichstellung einsetzt. Der Fonds erfasst auch wichtige demografische Daten, die der Erarbeitung von Programmen zur Armutsbekämpfung dienen (Kernbeitrag an UNFPA; DEZA, jährlich ca. 11 Millionen Franken von Januar 1983 bis Dezember 2024).

5. Finanzielle Mittel

DEZA, SECO und AFM prüfen sämtliche Projekte auf ihre Relevanz in der Geschlechtergleichstellung. Dies geschieht anhand von Kriterien, welche von der OECD entwickelt wurden und Aufschluss geben, ob für ein Projekt die Geschlechtergleichstellung ein primäres Ziel ist, sekundär integriert oder gar nicht berücksichtigt wird.

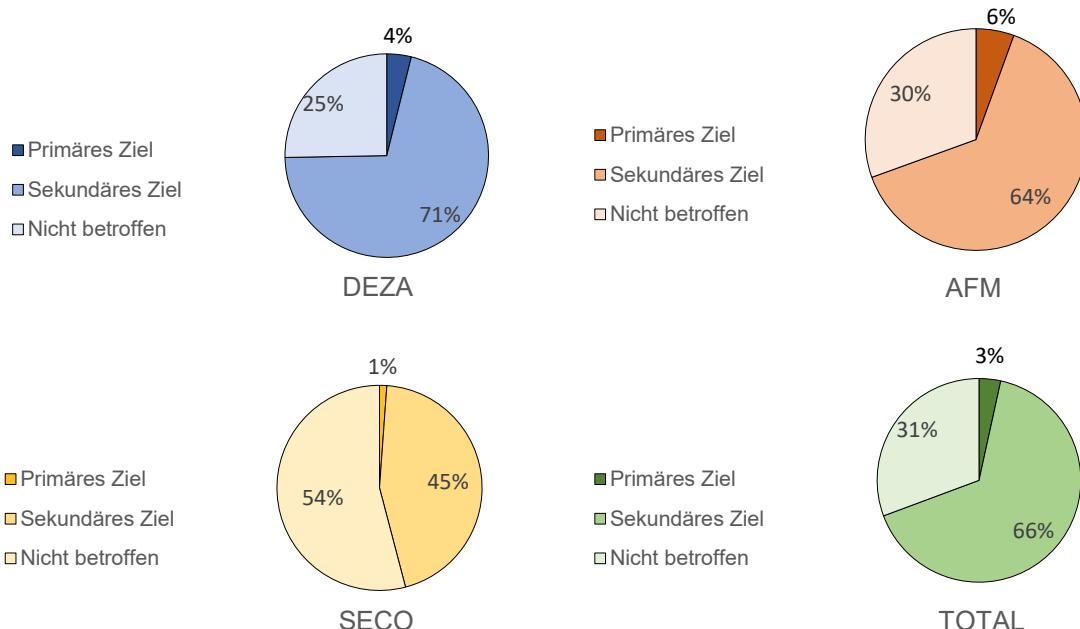
Geschlechtergleichstellung als primäres und sekundäres Ziel

Gemäss OECD DAC Richtlinien³⁶ gilt Geschlechtergleichstellung in einem Projekt dann als primäres Ziel, wenn die Geschlechtergleichstellung das Hauptziel des Projekts und für dessen Ausgestaltung und für die angestrebten Ergebnisse massgebend ist. Das Projekt bezweckt in erster Linie die Förderung der Geschlechtergleichstellung. Dies ist der Fall bei sämtlichen aufgeführten Projekten zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (Kapitel 4.4.2), oder bei den genannten Projekten, die sich für die Mitwirkung von Frauen in der Friedensförderung einsetzen (Kapitel 4.3.2), trifft aber auch auf einige Projekte zur wirtschaftlichen Stärkung der Frauen zu, u.a. digitale Finanzdienstleistungen für Migrantinnen (Kapitel 4.1.2), oder auf Projekte zur politischen Teilhabe der Frauen, u.a. die politische Teilhabe von Frauen in Georgien (Kapitel 4.2.2).

³⁶ <https://web-archive.oecd.org/2018-02-20/423852-Handbook-OECD-DAC-Gender-Equality-Policy-Marker.pdf>

Als sekundär gilt Geschlechtergleichstellung in einem Projekt dann, wenn Geschlechtergleichstellung ein wichtiges Ziel, aber nicht der Hauptgrund für die Lancierung des Projekts ist. Dieses bezweckt neben anderen Zielen explizit eine positive Wirkung auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung. Dies ist beispielsweise der Fall im aufgeführten Projekt zur Stärkung der Marktchancen für Frauen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen in Bangladesch, das gezielte Massnahmen für die wirtschaftliche Stärkung von Frauen beinhaltet, oder im Fall der Partnerschaft mit der 'International Land Coalition', die sich für Landrechte, explizit auch für Frauen einsetzt (Kapitel 4.1.2). Ein weiteres Beispiel ist das Projekt zur Verwaltung von Wasserressourcen im Mekong Gebiet, wo die Beteiligung von Frauen als wichtige Akteurinnen gezielt gestärkt wird (Kapitel 4.2.2).

Im Zeitraum 2021-2024 liegen die gesamten Ausgaben von AFM, DEZA und SECO für Projekte mit primärer Zielsetzung im Gleichstellungsbereich bei rund 260 Millionen Franken (3%) und mit sekundärer Zielsetzung bei rund 4,9 Milliarden Franken (66%). Insgesamt 69 Prozent der Ausgaben haben einen spezifischen Fokus auf die Geschlechtergleichstellung. Im Vergleich zu 29 von der OECD erfassten Ländern für das Jahr 2021 liegt die Schweiz dabei an 6. Stelle.³⁷



Die DEZA hat sich 2020 für die Verpflichtung ihrer finanziellen Mittel zugunsten neuer Projekte mit Fokus auf die Geschlechtergleichstellung ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Jedes Jahr sollen 85 Prozent des verpflichteten Budgets für Projekte mit primärer und sekundärer Zielsetzung gesprochen werden, davon mindestens 8 Prozent für Projekte mit primärer Zielsetzung. 2024 lagen die Werte bei 85 Prozent und 3.6 Prozent. Dementsprechend ist die DEZA daran, ihren Beitrag in dieser Hinsicht noch zu erhöhen, um die Zielwerte zu erreichen.

³⁷ Darin eingeschlossen sind auch IZA Ausgaben anderer Bundesstellen.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Aktuell überlappen sich verschiedene Krisen: Weltweit häufen sich die bewaffneten Konflikte, der Klimawandel bedroht die ärmsten Länder besonders und die Kosten für Nahrungsmittel und Energie steigen. Häufig sind Frauen und Mädchen von den Auswirkungen dieser Krisen besonders betroffen, und erreichte Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung sind gefährdet und teils rückläufig. Die jüngsten Rückschläge erschweren die nachhaltige Gewährleistung und Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen und wirken sich auch auf die weltweite Finanzierung dieser Themenbereiche aus. Um dem entgegenzuwirken, bleiben Frauen und Mädchen auch zukünftig im Fokus der IZA-Programme der Schweiz. Das Kernziel der weltweiten Armutsrücknahme kann nur erreicht werden, wenn Frauen in die Wirtschaft, die Politik und die Friedensförderung miteinbezogen werden und diese Freiheit leben können. Das globale Bruttoinlandprodukt könnte bei wirtschaftlicher Gleichstellung der Frauen um jährlich 26 Prozent erhöht werden, die Wahrscheinlichkeit von Menschenrechtsverletzungen und Kriegen sinkt, wenn Frauen politische Macht ausüben, und Friedensverhandlungen haben höhere Chancen auf Erfolg, wenn Frauen effektiv an ihnen beteiligt sind. Daher ist die Geschlechtergleichstellung ein wichtiges Anliegen der Schweiz.

Der vorliegende Bericht zeigt auf, dass der Bund einen breiten strategischen Rahmen gegeben hat, um Antworten auf diese Herausforderungen zu finden und der es erlaubt, konkrete Massnahmen zu ergreifen. Der Bundesrat erachtet diesen als ausreichend. Die mit der Umsetzung der IZA betrauten Einheiten DEZA, SECO und AFM arbeiten komplementär daran, die sozioökonomischen Grundbedingungen für die aktive Teilhabe von Frauen zu verbessern, sei es hinsichtlich der wirtschaftlichen Stärkung der Frauen, der Teilhabe an politischen Entscheiden, der Mitwirkung in der Friedensförderung, der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt oder der Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte.

7. Anhänge

7.1. Wortlaut Postulat Friedl

Nationalrat

21.3122

Postulat Friedl Claudia

Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie

Wortlaut des Postulates vom 10.03.2021

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Strategie für die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und die Friedensförderung zu erstellen, welche die sozioökonomischen Grundbedingungen für die aktive Teilhabe von Frauen in diesen Themenfeldern garantiert.

Mitunterzeichnende

Arslan, Atici, Badertscher, Bulliard, Crottaz, Dandrès, Fehlmann Rielle, Feri Yvonne, Fiala, Fischer Roland, Funiciello, Giacometti, Graf-Litscher, Gugger, Gysi Barbara, Locher Benguerel, Markwalder, Marti Min Li, Marti Samira, Molina, Moser, Munz, Nussbaumer, Portmann, Pult, Schneider Schüttel, Schneider-Schneiter, Seiler Graf, Storni, Streiff, Vincenz, Walder, Wasserfallen Flavia, Wehrli, Widmer Céline, Wyss (36)

Begründung

Dass die Teilhabe von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung zentral ist, um diese nachhaltig zu gestalten, ist mittlerweile weitgehend etabliert. Das verfolgt auch die Resolution des Sicherheitsrats 1325, "Frauen, Frieden, Sicherheit". Denn nur wenn Frauen mitreden, werden geschlechtsspezifische Auswirkungen von Krisen und Konflikten sichtbar. Noch immer aber herrscht in der Aussenpolitik eine einseitige Auffassung von Sicherheit und Wiederaufbau. Unterstützt werden nur sichtbare Folgen des Konflikts (physische Zerstörung und Verwundung von Infrastruktur und Individuen). Dabei werden die indirekten Folgen übersehen: der radikale Abbau oder oftmals die vollständige Zerstörung der staatlichen Dienstleistungen und damit der Wohlfahrt aller. Der letzte Zufluchtsort für Menschen, um ihren Alltag zu bewältigen ist der eigene Haushalt. Als Folge davon verschieben sich die Care-Aufgaben noch mehr als zuvor in die Privathaushalte und damit grösstenteils auf die Frauen. Diese leisten damit einen zentralen Beitrag an das alltägliche Sicherheitsbefinden ihrer Familien und Mitmenschen.

Eine geschlechtsspezifische Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung muss die Care-Ökonomie ins Zentrum stellen. Das bedeutet in erster Linie, Investitionen in die soziale und nicht nur in die physische Infrastruktur. Das ist die Voraussetzung für die tatsächliche Partizipation von Frauen an den Friedensprozessen und den Entwicklungsprojekten.

Die ersten Länder u.a. Schweden (seit 2014) und Mexiko (seit 2020) haben sich für eine feministische Aussenpolitik ausgesprochen. Sie setzen darauf, durch die Veränderung von Machtstrukturen die strukturellen Ursachen von Konflikten und Armut zu bekämpfen. Integraler Bestandteil davon ist ein geschlechtsspezifisches Budget innerhalb der Verwaltung, aber auch in der Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung. Die Schweiz ist nicht untätig. Um aber weiter zu kommen, braucht es erst nun eine Analyse des jetzigen Zustands: Was wird bezüglich genderspezifischem Budget bereits gemacht, wo ist man noch genderblind, wieviel der Mittel der EZA, der Humanitären Hilfe und der Friedensförderung fliessen explizit in die Förderung des Care-Sektors und die Entlastung der Frauen? Daraus kann die Strategie für eine Aussenpolitik, welche nachhaltige Sicherheit gewährleistet, entwickelt werden.

Stellungnahme des Bundesrates vom 26.05.2021

Antrag des Bundesrates vom 26.05.2021

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

7.2. Links zu strategischen Referenzdokumenten

- [Art. 54 Abs. 2 Bundesverfassung](#)
- [Aussenpolitische Strategie 2024-2027](#)
- [Die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 und 2025 – 2028](#)
- [Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes](#)
- [Agenda 2030 mit den 17 Zielen für die nachhaltige Entwicklung](#)
- Die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu 'Frauen, Frieden, Sicherheit' aus dem Jahr 2000 ([UNSR 1325](#)), sowie die Folgeresolutionen
- [Frauen, Frieden und Sicherheit: Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 \(2018 –2022\), verlängert bis 2024](#). Der fünfte Nationale Aktionsplan ist derzeit in Erarbeitung.
- [Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau](#)

7.3. Abkürzungsverzeichnis

AFM	Abteilung Frieden und Menschenrechte
BIP	Bruttoinlandprodukt
BV	Bundesverfassung (SR 101)
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (SR 0.108)
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
IPPF	International Planned Parenthood Federation
IZA	Internationale Zusammenarbeit
NAP	Nationaler Aktionsplan
NGO	Nichtregierungsorganisation (<i>Non-governmental Organisation</i>)
PEFA	Public Expenditure and Financial Accountability
PSEAH	Prävention von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung (<i>Prevention of Sexual Exploitation, Abuse and Harassment</i>)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft / Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des SECO
SRHR	Sexuelle und Reproduktive Gesundheit und Rechte (<i>Sexual and Reproductive Health and Rights</i>)
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNO	Vereinte Nationen
UNSR/UNSCR	UNO Sicherheitsratsresolution / UN Security Council Resolution